

- Wieviorka, Michel (2006): *Die Gewalt*, Hamburg.
- Lapeyronnie, Didier; Mucchielli, Laurant (2005): Große, leere Worte. An der Gewalt in Frankreich ist auch die Linke schuld. Sie hat die Vorstädte im Stich gelassen, *Berliner Zeitung*, 10. November.
- Wacquant, Loïc (2004): Was ist ein Ghetto? in: *PROKLA* 134, S. 133-147.
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? in: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer, Walter Siebel (Hrsg.), *An den Rändern der Städte*, Frankfurt/Main, S. 235-257;
- Kronauer, Martin; Noller, Peter; Vogel, Berthold (2006): Hamburg: Contradicting Neighbourhood Effects on Poverty, in: Sako Musterd, Alan Murie, Christian Kesteloot (Hrsg.), *Neighbourhoods of Poverty*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York, S. 70-86.
- Keller, Carsten (2005): *Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt/Main, New York.
- Salentin, Kurt (2004): Ziehen sich Migranten in ‚ethnische Kolonien‘ zurück? in: Klaus J. Bade, Michael Bommes, Rainer Münz (Hrsg.), *Migrationsreport 2004*, Frankfurt/Main, New York, S. 97-116.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*, Opladen.
- Bericht (2005): *Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*, Berlin.
- Tietze, Nikola (2006): Ausgrenzung als Erfahrung. Islamisierung des Selbst als Sinnkonstruktion in der Prekarität, in: Heinz Bude, Andreas Willisch (Hrsg.), *Das Problem der Exklusion*, Hamburg, S. 147-173.
- Tränhardt, Dietrich (2006): Deutsche - Ausländer, in: Stephan Lessenich, Frank Nullmeier (Hrsg.), *Deutschland - eine gesplittene Gesellschaft*, Frankfurt/Main, New York, S. 273-294.



Robert Brenner

Warum Irak? Die Politik von Bush II*

Vier Jahre nach der US-Invasion des Irak im März 2003 bleibt das Nahost-Abenteuer von George Bush Junior ein Rätsel, insbesondere angesichts seines katastrophalen Ergebnisses. Rätselhaft bleibt die Außenpolitik von Bush II, da sie kaum mit den fundamentalen ökonomischen und geopolitischen Interessen erklärt werden kann, die die US-Außenpolitik - oder den US-Imperialismus - zunächst zwischen 1945 und 1989/1991 und dann zwischen 1991 und 2000 bestimmt haben. Für diese Interessen war der Anschlag auf den Nahen Osten von Beginn an kontraproduktiv.

Von der äußeren *Form* der militärischen Intervention her erscheint die Invasion in den Irak zunächst wie eine bruchlose Fortsetzung der US-Außenpolitik seit Ende des 2. Weltkrieges, insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern. Doch diese äußerliche Ähnlichkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Inhalt, die Substanz dieses imperialen Unternehmens sich von vorangegangenen Interventionen stark unterscheidet. Dieses Mal standen andere Kräfte hinter dem Projekt, es sollte anderen Interessen dienen und auch die internationale Konstellation war eine neuartige. Im folgenden Text möchte ich daher zwei Versuche unternehmen: Zunächst skizziere ich schematisch die Entwicklungen - die enormen Transformationen - der Nachkriegsperiode, die Bushs Außenpolitik nicht nur überflüssig, sondern auch kontraproduktiv für die ökonomischen und geopolitischen Interessen der USA machten. Zweitens werde ich versuchen, die für das Handeln der US-Regierung bestimmenden politischen und sozioökonomischen Kräfte zu benennen.

1. Die Außenpolitik der Nachkriegsperiode und die Bush-Offensive

1.1 Der Sieg im Neuen Kalten Krieg und die Globalisierung

Vielleicht sollte ich mit dem Wahlkampf des Jahres 2000 beginnen. Angesichts des eher zurückhaltenden und undeutlichen außenpolitischen Programms des Kandidaten Bush Jr. hätten wohl wenige die Invasion in den Irak erwartet - und noch viel weniger die Kampagne mehrfacher Interventionen, die Serie von

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 23. Mai 2007 auf der Konferenz 'Cambio del Siglo' an der Universidad Autónoma Metropolitana (UAM-X) in Mexico City.

regime changes, die zeitweiligen Kolonisierungen und die globalen Drohungen, ganz zu schweigen von der Brückierung der Verbündeten, die mit der Invasion des Irak einher gingen. Der Grund hierfür ist eindeutig. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges hatten die USA eine umfassende imperialistische Offensive verfolgt. Mit dieser „Kalter Krieg“ genannten Offensive war Washington bis zum Jahr 2000 so erfolgreich gewesen, wie es sich ihre Erfinder nie hätten träumen lassen. Tatsächlich hatte der von den US-Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan entfesselte so genannte „Neue“ oder „Zweite Kalte Krieg“ alle seit dem 2. Weltkrieg bestehenden Kernziele des außenpolitischen Programms erreicht.

Was beinhaltete dieses Programm? Zwischen 1945 und 1989/1991 verfolgten die USA beständig dieselben ökonomischen und geopolitischen Ziele.

Das *erste Ziel* war es, den Einfluss des Staatskommunismus zu schwächen und zurückzudrängen und gleichzeitig politisch unliebsame Bewegungen und Regierungen vor allem in der Dritten Welt zu vernichten. In der gesamten Nachkriegsperiode beinhaltete das Streben nach nationaler ökonomischer Entwicklung eine mehr oder weniger starke staatliche Kontrolle der Ökonomie, insbesondere in den weniger entwickelten Staaten. Dies bedeutete eine politische Begrenzung der unternehmerischen Freiheiten speziell im Falle multinationaler Konzerne und Banken. Die US-Außenpolitik war seit 1945 (und ist es bis heute) bestrebt, die für diese Beschränkungen verantwortlichen Bewegungen und Regierungen zu eliminieren – im kommunistischen Block wie in der Dritten Welt.

Das *zweite Ziel* bestand in der Festigung US-amerikanischer Vorherrschaft in West-Europa und Japan, das heißt in der Fähigkeit der USA, in diesen Regionen die zwischenstaatlichen Beziehungen zu regulieren. Allgemein ausgedrückt diente dies der Sicherung der geopolitischen Stabilität, und diese Stabilität war die notwendige Voraussetzung für die zunehmende globale ökonomische Integration, die seit dem Zweiten Weltkrieg das vorrangige Ziel der die US-Wirtschaft dominierenden Industrieunternehmen und Finanzinstitutionen darstellte. Insbesondere zielte die US-Politik darauf, ihren Hauptverbündeten in West-Europa, Japan und später in Ost-Asien die Möglichkeit zu nehmen, die Funktionsweise des internationalen Kapitalismus durch eigenständige militärische Aktionen zu stören. Als Kompensation boten die Vereinigten Staaten den herrschenden Klassen in diesen Ländern Schutz voreinander, vor der sowjetischen/kommunistischen Bedrohung und vor inländischer Opposition durch linke Gruppen und die Arbeiterklasse. Die zwischenimperialistische Rivalität der großen kapitalistischen Staaten Europas und Japan hatte die globale Ökonomie in zwei Weltkriegen verheert. Um dies in Zukunft zu verhindern, setzten die USA im Kern ihre eigene politisch-militärische Macht an Stelle der ihrer Verbündeten, indem sie ein dichtes Netz von Allianzen knüpften, auf den Territorien der Verbündeten ein umfassendes System von Militärbasen errichteten und zugleich das globale Wirtschaftswachstum förderten.

Das *dritte Ziel*, das wesentlich von der Erreichung der ersten beiden Ziele abhing, war die Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsordnung, die bereits im Abkommen von Bretton Woods 1944 vorgesehen war. Dabei ging es nicht nur um den freien Handel mit Gütern, sondern auch um den freien Fluss von Direktinvestitionen, Finanzkapital und Finanzdienstleistungen. Am Ende des 2. Weltkrieges waren die Industrie- und Finanzkonzerne der USA die wettbewerbsfähigsten der Welt. Die US-Regierung sah daher keinen Grund, ihre Unternehmen politisch zu schützen und zu privilegieren, wie es bis dato die Norm für Großmächte gewesen war. Ein System gleicher Rahmenbedingungen für alle diente ihrem Zweck sehr gut. Allerdings blieb es im weiteren Verlauf den USA unmöglich – und sogar kontraproduktiv – diese neoliberale Ordnung wirklich zu realisieren. Dennoch blieb dies das ultimative Ziel der US-Politik während der gesamten Nachkriegsperiode.

Die Neuartigkeit des von der US-Außenpolitik ins Leben gerufenen Imperialismus kann meiner Ansicht nach gar nicht überschätzt werden. In der langen Periode von 1870 bis 1945, in der Ära der zweiten industriellen Revolution und danach, verlief die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens und neigte daher mehr oder weniger direkt zu politischer Expansion, zu geopolitischen Gegensätzen und, letztlich, zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Dies galt insbesondere für die spät industrialisierten Nationen – Deutschland, Japan und auch die USA –, die sich eine sichere und expandierende Stellung auf dem Weltmarkt gegen Großbritannien erobern wollten. Um eine Chance im Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu haben, konnten diese Nationen sich nicht auf die Wunder des freien Marktes verlassen. Vielmehr mussten sie ihre Kapitalismen mit den Mitteln staatlicher Intervention organisieren.

In diesem Zusammenhang förderte der Staat die Effizienz seiner Industrie durch verschiedene Formen politischer Eingriffe: Schutz der Heimatmärkte, Subventionen zur Penetration des Weltmarktes und letztlich auch die Eroberung von Kolonien, um Unternehmen privilegierten Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffen zu gewähren. Da im Jahr 1900 die so genannte Dritte Welt bereits aufgeteilt war, hatten die industriellen Nachzügler allen Grund, eine Neuaufteilung anzustreben. Verstärkt wurde diese Tendenz noch durch die radikale Instabilität des Wirtschaftssystems. Diese Instabilität führte zu Perioden der Stagnation, in denen der ökonomische Weltkuchen nicht mehr wuchs sondern schrumpfte, was den Drang der Nationen anfeuerte, die gewaltsame Umverteilung über die Förderung des Wachstums zu stellen. Die Form staatlicher Förderung der nationalen Ökonomie führte daher tendenziell zum Imperialismus, Imperialismus führte zu imperialistischer Rivalität und imperialistische Rivalität zu Krieg. Dieses Syndrom zu verhindern war daher das ultimative Ziel der US-Außenpolitik. Nationale Wirtschaftspolitik sollte nicht mehr zu Krieg und Zerstörung führen, stattdessen sollte eine offene, in-

tegierte, interdependente Weltwirtschaftsordnung unter der Führung der USA geschaffen werden, welche die dem Staatensystem seit seiner Entstehung im Spätmittelalter inhärente Tendenz zum Krieg überwindet.

In den Jahren kurz nach Kriegsende schienen die Chancen eher gering, dass die USA das Spektrum ihrer außenpolitischen Ziele erreichen könnten. Die Sowjetunion hatte durch den Sieg über das „Dritte Reich“ und ihre schnelle und geplante Industrialisierung enormes Ansehen gewonnen. Kommunistische Revolutionen waren in China, Nord-Vietnam und Nord-Korea erfolgreich. Antikoloniale und nationale Bewegungen mit Programmen einer staatlich gelenkten Wirtschaftsentwicklung erlebten einen Aufschwung und erschienen als unaufhaltsame Kraft. Aber es bleibt eine Tatsache, dass die USA im Jahr 2000 alle ihre außenpolitischen Ziele der Nachkriegszeit erreicht hatte – und zwar in einem Ausmaß, das die Väter dieser Politik niemals für möglich gehalten hatten.

Bereits Mitte der sechziger Jahre hatten die USA fast alle der mächtigsten und dynamischsten Regime in der Dritten Welt eliminiert, die auf eine staatlich gelenkte Entwicklung gesetzt hatten. Dies gelang ihnen meistens mit Hilfe brutaler CIA-gesteuerter Interventionen, manchmal auch mit anderen Mitteln. Im Iran wurde Mossadeq 1953 gestürzt, Lumumba im Kongo 1960, Goulart in Brasilien 1964, Sukarno in Indonesien 1965, Nasser in Ägypten mit Unterstützung des Sechs-Tage-Kriegs Israels 1967 – nicht zu sprechen vom Sturz weniger bedeutender Regierungen wie in Guatemala (1953) oder Santo Domingo (1965).

Die Niederlage in Vietnam ebenso wie die Entstehung einer machtvollen Anti-Kriegs-Bewegung in den USA behinderten zwar eine Zeitlang Amerikas imperiale Dampfwalze. Doch im Nachhinein wird deutlich, dass diese Unterbrechung nur sehr kurz und keineswegs vollständig war. Sogar noch während des Vietnamkriegs wurde 1973 Allende in Chile gestürzt und 1975 Osttimor von Indonesien besetzt.

Was folgte, zunächst mit Jimmy Carter und dann mit Ronald Reagan, war der Neue Kalte Krieg, und sein Verlauf ist nur allzu bekannt. Den Hintergrund bildete die enorme Aufrüstung. Im Vordergrund lancierten die USA eine umfassende Konterrevolution, um in den Entwicklungsländern auch noch die letzten Reste radikaler oder weniger radikaler Bewegungen zu zerschlagen. Mit der Unterstützung von Saudi Arabien und Pakistan entfesselten die USA zudem den Kampf der Mujaheddin in Afghanistan mit dem Ziel, die sowjetische Besatzung durch militärische Zermürbung zu unterminieren – ähnlich wie es den USA in Vietnam ergangen war.

Zu Beginn der neunziger Jahre hatten die USA auf der ganzen Linie gesiegt. Die Sowjetunion und der Ostblock waren zusammengebrochen, und Russland als Nachfolgestaat unterwarf sich einer US-inspirierten ökonomischen Schocktherapie, die seine Produktivkraft zerstörte. Gleichzeitig waren China und Vietnam auf den kapitalistischen Pfad eingeschwenkt. In Lateinamerika und Südafrika hatten US-finanzierte Stellvertreter-Terroristen die einstmals viel ver-

sprechenden Revolutionen zerschlagen, im Wesentlichen durch eine Politik der verbrannten Erde, die ganze Ökonomien und Gesellschaften vernichtete. Und schließlich hatten die USA auch ihr Ende der siebziger Jahre im Gefolge der iranischen Revolution begonnenes Projekt erfolgreich zu Ende geführt: die zunehmende Kontrolle der ölreichen Region Nahost. Dieser Prozess kulminierte im Golfkrieg 1991, als die USA mit Saddam Husseins Armee die einzige entfernt bestehende Bedrohung ihrer Dominanz in der Region vernichtete und dauerhafte Militärbasen in Saudi-Arabien errichtete. Es kann gar nicht stark genug betont werden, dass die USA seit dieser Zeit – vielleicht auch schon lange zuvor – keinerlei Bedrohung ihrer Interessen im Nahen Osten gewärtigen musste.

Die US-Außenpolitik vollendete aber nicht nur ihr Nachkriegs-Ziel Nummer Eins – die Beseitigung der kommunistischen Regime und des staatlich-nationalen Widerstandes in der Dritten Welt. Daneben arbeitete sie auch an der Rekonsolidierung und weiteren Stärkung ihrer Vorherrschaft sowohl über ihren Erzfeind Russland wie auch über ihre ehemaligen Verbündeten. Dieses Ziel erreichte sie, indem sie das wiedervereinigte Deutschland in die Nato integrierte, durch die militärischen Interventionen in Bosnien und Kosovo und durch die Ausdehnung sowohl der EU wie auch der Nato bis an die Grenzen Russlands. Diese Entwicklungen waren alles andere als überraschend. Denn US-amerikanische Hegemonie lag nicht nur deren eigenem Interesse, sondern auch im Interesse der Europäer und Japaner, ermöglichte sie diesen Staaten doch, die Früchte ihrer extrem konkurrenzfähigen Exportmaschinen und ausländischen Direktinvestitionen zu ernten und sich gleichzeitig die Kosten eines teuren Militärapparats zu sparen, so dass stattdessen kostspielige Wohlfahrtstaaten finanziert werden konnten.

Doch was geschah mit dem dritten Ziel der USA im Kalten Krieg – der bereits im Bretton-Woods-Abkommen anvisierten neoliberalen Öffnung der Märkte? Auch hier erfüllten sich die Hoffnungen Washingtons. Im Jahr 2000 hatte der Sieg über staatssozialistische und staatlich-nationale Bewegungen sowie die neu gewonnene Dominanz der USA über ihre Verbündeten den Weg für eine radikale Öffnung der Märkte geebnet. Dem Kapital wurden so die Dritte und die ehemalige Zweite Welt zugänglich gemacht. Dabei nutzten die USA die aufeinander folgenden Wirtschaftskrisen, unter denen der globale Süden in den achtziger und neunziger Jahren litt, um den freien Fluss von Waren, Kapital und Finanzdienstleistungen in diese und aus diesen Ländern zu erzwingen. Es muss betont werden, dass dies *nicht* hauptsächlich durch militärische Gewalt erreicht wurde. Im Gegenteil, militärische Gewalt wäre ein besonders ineffektives Mittel gewesen, um die Märkte jener Länder zu öffnen und dort die kapitalistische Kontrolle über die Produktionsmittel durchzusetzen. Stattdessen nutzten die USA zwei wirkungsvolle Hebel: die an Bedingungen gebundenen Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie den ebenfalls an Bedingungen geknüpften Zugang zum gigantischen US-Markt – Brasilien, Ar-

gentinien, Mexiko, die Türkei, Thailand, Malaysia, Süd-Korea, alle wählten im Verlauf der Neunziger den neoliberalen Weg. Unterdessen erlebte der kapitalistische Weltmarkt mit der Öffnung Chinas und Osteuropas seine größte Ausdehnung während der gesamten Nachkriegsepoche.

Doch während der Erfolg des Nachkriegsprojekts der Vernichtung staatskommunistischer oder nationalistischer Regimes und Bewegungen die notwendigen politischen Bedingungen für die Beschleunigung der neoliberalen Globalisierung schuf, so verlangte diese ihrerseits den Aufbau einer tatsächlich neuartigen Form geopolitischer Stabilisierung und Regulation. Diese neue Form nannte George Bush Senior „Neue Weltordnung“. Zunächst orientierten die USA ihre Außen- und Sicherheitspolitik weiter an der Powell-Doktrin der so genannten Eindämmung. Diese Doktrin stütze sich – nach den Erfahrungen des Vietnam-Kriegs – auf das Motto: ‘Gerate nicht in eine ernsthafte Auseinandersetzung, solange du nicht in der Lage bist, massive Gewalt anzuwenden, zu gewinnen und dich schnell wieder zurückzuziehen’. Der Golfkrieg von 1991 war zwar ein solcher paradigmatischer Fall. Nichtsdestoweniger schien der Rückgriff auf konventionelle Kriege der Vergangenheit anzugehören. Denn wer außer Saddam Hussein wäre dumm genug, das US-Militär direkt herauszufordern? Auf der außenpolitischen Agenda standen daher vielmehr simple weltpolitische Polizeieinsätze wie auch Konflikte, die man später als „asymmetrisch“ bezeichnete. Um die Powell-Doktrin zu ergänzen und zum Wohle der täglichen geopolitischen Bedürfnisse ihrer globalisierten Ökonomie, übernahmen die USA daher die so genannte Clinton-Albright-Doktrin. Gemäß dieser Doktrin sollten die USA auf den Einsatz ihrer Luftwaffe und Raketen zurückgreifen, analog zum Einsatz von Kanonenbooten in früheren Epochen. Die USA fungierten als globaler Polizist auf Streife. Ziel war der Einsatz militärischer Gewalt zur Wiederherstellung der „Ordnung“, ohne dabei das Leben amerikanischer Soldaten zu gefährden. Die originelle Formulierung von Madeleine Albright 1998 lautete: „Wir sprechen über den Einsatz militärischer Gewalt, aber wir sprechen nicht über Krieg. Ich denke, dies ist ein wichtiger Unterschied.“ Und das war es auch – auch wenn dieser feine Unterschied wohl kaum von jenen Hunderttausenden bemerkt wurde, die ihr Leben in jenen militärischen Einsätzen verloren, in Panama, in Jugoslawien und insbesondere im Irak zwischen 1989 und 2000.

Konfrontiert mit der vereinten Macht der USA, West-Europas und Japan – mit Russland und China als mehr oder weniger beständigen Partnern – und konfrontiert mit einer zunehmend gemäß neoliberalen Prinzipien funktionierenden Weltwirtschaft, ließ sich nahezu jede Regierung der Dritten Welt schließlich darauf ein, in *Eigenregie* das neoliberale Programm der USA zu verfolgen (zumindest bislang, ich sage nicht, dass dies ein immer wähernder Zustand ist). Denn das Standard-Weltbild hieß TINA – There Is No Alternative. Dabei war es symptomatisch, dass mit ihrem Amtsantritt ausgerechnet jene

politischen Parteien kampflos vor dem Neoliberalismus kapitulierten, die in den Achtzigern noch den radikalsten und militantesten Arbeiter-Widerstand in der Dritten Welt symbolisiert hatten: die brasilianische PT und der südafrikanische ANC.

Fazit: Selbst unter diesen schwierigen Umständen nahmen auch jene Staaten, in denen Bush II später die „Achse des Bösen“ erkennen würde, gegenüber den USA eine entgegenkommende Haltung ein, und die US-Regierung unter Bill Clinton lohnte es ihnen: Mit Nord-Korea wurde über einen Nicht-Angriffspakt verhandelt, auch mit Iran suchte man eine langfristige Lösung, und das Land zeigte sich willens, die US-Militäreinsätze in Afghanistan zu unterstützen; mit Syrien arbeitete man an einer endgültigen Einigung mit Israel und suchte einen Kompromiss zu den Golan-Höhen; Libyens Gaddafi übernahm die Verantwortung für die Bombenanschläge in Lockerbie. Clinton, Rubin und Co. war deutlich geworden, dass nur Geduld und nicht Militärschläge diese Nationen domestizieren und in den politökonomischen Orbit der USA integrieren würde.

Alles in allem hatten die USA am Ende des alten Jahrtausends – mit den Börsen auf Rekordständen und China vor den Toren der Welthandelsorganisation WTO – wenig Verwendung für *neue* militär-interventionistische Kampagnen zur Sicherung ihrer außenpolitischen Ziele. Das groß angelegte, eine ganze Region umfassende militärische „Project for a New American Century“, das Bush II mit der Invasion des Irak startete, schien damals unvorstellbar.

1.2 Die Irak-Politik der USA 1991-2001: Kein echter Regimewechsel

Wie sah die US-Politik gegenüber dem Irak in der Zeit nach dem Neuen Kalten Krieg aus? Die Irak-Politik von Bush I, Clinton und Bush II vor den Anschlägen des 11. September 2001 muss vor demselben Hintergrund – der unangefochtenen, beispiellosen US-Dominanz auf dem Globus, verstanden werden. In diesem Kontext verfolgten alle drei Regierungen – zumindest theoretisch und vor der Öffentlichkeit – die Politik eines Regimewechsels im Irak. Dies lag nahe, hatte Saddam Hussein doch seinen ehemaligen Verbündeten in Washington die Stirn geboten, als er versuchte, Kuwait zu erobern. Tatsächlich jedoch hatte keine dieser Regierungen jemals die Absicht, diesen Regimewechsel wirklich in die Tat umzusetzen, weil keine von ihnen Willens war, den dafür notwendigen Preis zu zahlen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. *Erstens* waren der erwartete Aufwand an Menschen, Material und Geld sowie die internationalen politischen Kosten enorm hoch. Zwar erschien der Sieg über Saddams Husseins Armee als ein recht einfaches Vorhaben. Eine erfolgreiche Okkupation jedoch war eine ganz andere Sache: Sie hätte laut Militärplänen die zunächst unbegrenzte Stationierung von 400.000 Soldaten im Land erfordert. Dies hätte die gesamte Politik der USA in Übersee in Beschlag genommen und jede weitere größere außenpolitische Initiative unmöglich gemacht.

Zweitens beinhaltete eine militärische Besetzung des Irak – zumal im Namen der Demokratie – das Potenzial zur Destabilisierung der autoritären und quasi-feudalen Regierungen jener Länder, die die Hauptverbündeten der USA in der Region stellten.

Drittens: Je länger die US-Armee im Irak bleiben müsste, umso rebellischer dürfte die Bevölkerung werden und umso unruhiger die arabischen Massen in der gesamten Region.

Der entscheidende Grund dafür, dass die Regierungen von Bush I über Clinton bis zu Bush II vor 9/11 vor einem Regimewechsel im Irak zurückschreckten war jedoch, dass schlicht keine lebensfähige Alternative existierte. Im Gegenteil, der Hauptprofiteur eines Sturzes von Saddam wäre vor allem die große Bevölkerungsgruppe der Schiiten gewesen. Eine Machtübernahme der Schiiten war für die US-Regierungen jedoch inakzeptabel, da sie sich nicht darauf verlassen konnten, dass ein schiitisch dominierter Irak als ein ebenso verlässliches Gegengewicht zum Iran gedient hätte wie es Saddam Husseins vornehmlich sunnitische Regierung seit dem Sturz des Schah 1979 gewesen war. Und ein Gegengewicht zum Iran zu sein, das war die wesentliche – und unerlässliche – Funktion, die die USA dem Irak für die absehbare Zukunft zugedacht hatten. Eine schiitische Regierung im Irak hätte außerdem die Macht gehabt, die regionale Stabilität zu stören, indem sie ihre Glaubensbrüder in der Region unterstützt hätte, die nicht nur die Mehrheit in Saudi-Arabiens östlicher Ostprovinz bilden, sondern auch einen Großteil der Hisbollah im Libanon und die im Iran an der Regierung waren.

All diese Überlegungen, speziell die Sorge um die Schiiten, spielten eine Rolle bei der Entscheidung von Bush I am Ende des Golfkriegs, Saddam Hussein nicht nur im Amt zu lassen, sondern ihm zudem die Möglichkeiten zu geben, die Erhebung der Schiiten im Gefolge der Niederlage brutal zu unterdrücken. Diese Erhebung hätte eine geringe Aussicht auf Erfolg gehabt, hätten die USA nicht Saddams Nationalgarde intakt gelassen, hätten sie nicht die Schiiten daran gehindert, sich die im Feld aufgegebenen Waffen der irakischen Armee anzueignen und hätten sie Saddams Hubschrauberflotte am Angriff auf die Rebellen gehindert. Nach dem Golfkrieg, besonders nachdem Saddam Hussein als potenzielle Bedrohung in der Region ausgeschaltet war, behielt man also die Politik der „Eindämmung“ mangels besserer Alternativen zunächst bei. Diese Politik beinhaltete allerdings mörderische Sanktionen und zunehmend zerstörerische Bombardements, zuweilen ergänzt durch versuchte Attentate oder Militärputsche. All dies sollte zwar dazu dienen, Saddam Hussein zu eliminieren – aber nicht um einen echten Regimewechsel herbeizuführen, sondern lediglich um das Führungspersonal auszutauschen und Saddam durch eine ihm ähnliche Führungsfigur zu ersetzen. Was die USA aus Sicht ihrer Außenpolitik im Irak also brauchten, das war kein Wechsel des Regimes, sondern bloß ein Wechsel des baathistisch-sunnitischen Staatsoberhauptes. Im Er-

gebnis hatten die Macher der US-Außenpolitik vom Golfkrieg 1991 bis Mitte 2001 wenig Interesse, den Sturz Saddams wirklich ins Werk zu setzen. Es ist insofern schwierig, die dann folgenden Bemühungen der Bush-II-Regierung als kontinuierliche Verfolgung der vitalen, internationalen, ökonomischen oder sicherheitspolitischen Interessen der USA zu interpretieren – wie sie seit 1945 verstanden worden waren.

1.3 Widerstand des außenpolitischen Establishments

Was für mich in diesem Zusammenhang letztlich am meisten zählt, das ist die Tatsache, dass nach dem 11. September 2001 und der scheinbar erfolgreichen Intervention in Afghanistan aus dem außenpolitischen Establishment der USA so wenige Rufe nach einer Invasion in den Irak – und schon gar nicht nach einer neuen expansionistischen Offensive in Nahost – laut wurden. Und dies, obwohl eine solche Option nach den Anschlägen des 11. September – sauber verpackt als Antwort auf die terroristische Bedrohung – von der Öffentlichkeit leicht akzeptiert worden wäre. Stattdessen äußerten die meisten Protagonisten der außenpolitischen Elite ihre Bedenken – sowohl die Gefolgsleute von Clinton und Bush I, wie auch Vertreter des US-Militärs.

Im Frühjahr 2002 waren die Generalstabschefs unter den ersten gewesen, die vor George W. Bushs Kriegsplänen gewarnt hatten. Insbesondere die Armee blieb im Verlauf des gesamten folgenden militärischen Konflikts ein Stachel im Fleisch der Regierung. In den darauf folgenden Monaten formierten sich Außenminister Colin Powell, sein Vize Richard Armitage und praktisch das gesamte Außenministerium zum Kern einer Oppositions-Elite, und schließlich sprachen sich auch die meisten Führungsfiguren der alten Bush-I-Außenpolitik vehement gegen eine Invasion aus, unter ihnen Brent Scowcroft, Lawrence Eagleburger, General Norman Schwarzkopf und am Ende auch Papa Bush persönlich – ebenso wie sein langzeitiger Waffenbruder James Baker, obwohl Bakers Haltung weniger eindeutig war. Die CIA und ihr Chef George Tenet drückten ebenfalls ihr Missbehagen aus, allerdings nur hinter den Kulissen und auf ihre charakteristisch rückgratlose Weise.

In seiner Rede an der Tufts University Anfang 2003, also kurz vor der Invasion, wies Bush Senior seinen Sohn darauf hin, dass der Fall Saddam heute „weniger klar“ liege als 1991, dass „die Frage, über welches Massenvernichtungspotenzial er verfügt, debattiert werden könnte“ und dass es unerlässlich sei, die Beziehungen zu den Alliierten und zur UN zu kitten. Trotz aller Zweideutigkeiten lieferte der Vater seinem Sohn damit am Vorabend der Invasion eine deutliche Anti-Kriegs-Botschaft.

Natürlich hatte keine der genannten Personen prinzipiell etwas gegen US-Interventionen – seien sie präventiv oder nicht, mit Unterstützung der Verbündeten oder ohne oder seien sie noch so mörderisch und zerstörerisch für das betroffene Land. Die meisten von ihnen hatten schließlich zumindest ein

derartiges Unternehmen bereits erdacht oder initiiert. Sie verwiesen lediglich darauf, dass im Falle Irak die Kosten und Erträge nicht in einem vernünftigen Verhältnis stünden. Damit stellt sich die Frage – und ich denke, sie ist nicht einfach zu beantworten: Was sprach für Bushs Offensive?

2. Cheney, Rumsfeld und die Neocons

Aus der langfristigen Perspektive des imperial-militärischen Erfolgs der USA in den vergangenen zwei Jahrzehnten, der mittelfristigen Perspektive der Politik von Clinton, Bush I und dem frühen Bush II und angesichts der vorherrschenden Ablehnung der Irak-Invasion durch die außenpolitische Elite lässt sich George W. Bushs Offensive nur mit der Machtübernahme einer neuen Gruppe erklären, die sich über eine lange Zeit hinweg formiert hatte und die ein eigenes Programm verfolgte. Geführt wurde diese Gruppe von Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, und inzwischen sind ihre Führungsfiguren wohlbekannt – von Scooter Libby, Paul Wolfowitz und Richard Perle bis hin zu den zahlreichen neokonservativen Vertretern, die praktisch alle bedeutenden Posten im Verteidigungsministerium, im Nationalen Sicherheitsrat des Präsidenten und im außenpolitischen Stab des Vizepräsidenten kolonisiert haben.

Cheney und Rumsfeld hatten bereits seit fast drei Jahrzehnten eng zusammengearbeitet, in denen sie jenen hyperaggressiven militärischen Ansatz in der US-Außenpolitik einforderten, den sie ab 2002 selber in die Praxis umsetzen konnten. Ihren ersten Erfolg konnten sie 1975 unter Präsident Gerald Ford feiern. Damals gelang es ihnen, gemeinsam mit rechtsgerichteten und von Ronald Reagan inspirierten Elementen im Kongress, Henry Kissingers Entspannungspolitik zu Fall zu bringen, die SALT-Gespräche mit der Sowjetunion zu torpedieren und gleichzeitig die Einschätzungen des so genannten „Team B“ zu unterstützen, das das sowjetische Bedrohungspotenzial maßlos übertrieb, um einen neuen Aufrüstungsschub und eine aggressivere Außenpolitik durchzusetzen. Beistand erhielten sie von den damals noch jungen, aber bereits militanten Kalten Kriegern und Neocon-Grünschnäbeln Wolfowitz und Perle. Diese kurze politische Offensive kündete bereits an, was noch folgen sollte, zunächst unter Reagan und besonders unter Bush II.

Nach dem 11. September ersetzten Cheney, Rumsfeld und die Neocons im Wesentlichen Außenminister Powell und seine Gefolgsleute im Ministerium und übernahmen die Kontrolle der US-Außenpolitik. Was wollten sie? Man kann sagen, dass ihr Ausgangspunkt auf der konzeptionellen Ebene die beliebige Verwendbarkeit militärischer Gewalt war – also die Idee, dass mit Hilfe von Militärmacht jedes Ziel erreicht werden kann, sei es ökonomisch, politisch oder ideologisch. Dafür spricht praktisch jede programmatische Schrift, die sie produziert haben – von den unglückseligen Vorschlägen zur nationalen Sicherheit 1992 über ihr Project for a New American Century 1997/1998 bis

zum National Security Strategy Statement vom Herbst 2002. Was Cheney, Rumsfeld et al. mit all der Militärmacht vorhatten, ist inzwischen ziemlich klar. Die Gruppe beschrieb sich selbst als Neo-Reaganianisch und warf der US-Außenpolitik von Bush I, Clinton und Powell vor, sie hätte es auf kriminelle Weise versäumt, die durch den Kollaps der Sowjetunion entstandene, historische Gelegenheit zu nutzen, um US-Interessen und -Werte rund um den Globus mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Regierung hätte, kurz gesagt, den Unipolaren Augenblick verstreichen lassen. Die Gruppe schreckte nicht vor Kriegen zurück, und ihre Vision war eine wahrhaft globale, wenn auch der Nahe Osten stets ihren Ausgangspunkt bildete.

Diese so genannte neo-reaganianische Interpretation der Periode nach dem Kalten Krieg hat natürlich einen Haken: Am Ende der Reagan/Bush-I-Ära 1992 war alles, was Reagans Außenpolitiker zurückdrängen wollten, bereits zurückgedrängt worden, sowohl im Ostblock wie in der Dritten Welt. Gleichzeitig nahm im Gefolge der Bush-I/Clinton-Ära die neoliberale Öffnung der Märkte einen immer größeren Stellenwert in der US-Außenpolitik ein. Damit trat das Instrument groß angelegter Militäraktionen zunehmend in den Hintergrund. Der Jugoslawienkrieg ist dafür kein Gegenbeweis, denn er markierte nicht den Beginn oder die Verschärfung einer breiten US-Offensive, vielmehr repräsentierte er die Kulmination im Prozess der Re-Konsolidierung der US-Hegemonie. Im Gegensatz zu Cheney, Rumsfeld und Co. war den Vertretern der so genannten „realistischen“, parteiübergreifenden Außenpolitik ziemlich deutlich geworden, dass der Einsatz militärischer Macht in einer Ära unangefochtener US-Hegemonie und offener Weltmärkte von beschränktem Nutzen ist. Das Nullsummen-Spiel des Krieges konnte nicht dieselben Erträge abwerfen, wie sie die Globalisierung mit freiem Handel, Auslandsinvestitionen und finanzieller Expansion versprach. Die Globalisierung verlangte geopolitische Stabilität, und zu deren Erhalt war Krieg nur selten vonnöten. Hätte man im Jahr 2000 Vertreter des gesamten politischen Spektrums nach Beispielen gefragt, wie der US-Imperialismus in einer zeitgemäßen, zukunftsweisenden Form durchgesetzt werden kann, so hätten die meisten wohl die Ausbeutung der asiatischen Finanzkrise 1997/98 genannt, in deren Gefolge Südkoreas ehemals staatlich organisierter Kapitalismus aufgebrochen und liberalisiert wurde, sowie den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO. Dies stellten bedeutende Erfolge der US-Außenpolitik dar. Militärischer Druck, selbst militärische Macht spielten hierbei kaum eine Rolle.

Trotz alledem hatten Cheney, Rumsfeld und die Neocons seit langem auf eine neue Aufrüstungsrunde nach Reaganschem Muster gedrängt. Damit sollte die Invasion in den Irak vorbereitet werden, die sie als ersten Schritt einer Reihe von Interventionen und Regimewechseln betrachteten. Gemeinsam mit dem rechtsgerichteten Flügel der israelischen Politik und von Israel aus sollte so der Nahe Osten gemäß dem amerikanischen neoliberalen Modell umgeformt

werden. Vorgänger, wenn nicht gar Vorlage dieses Plans war „Clean Break“, eine Schrift, die Richard Perle gemeinsam mit militanten Zionisten und Neokonservativen wie David Wurmser und Douglas Feith für Benjamin Netanjahus Wahlkampf verfasst hatte. Darin forderten sie Israel zu einer regionalen Offensive mit Unterstützung der Türkei und Jordaniens auf. Bestandteile der Offensive waren das Ende des „Land für Frieden“-Programms im Westjordanland, eine Invasion des Bekaa-Tals zur Vertreibung der Hisbollah und verstärkter geopolitischer Druck auf Syrien und den Iran – all dies zum Sturz von Saddam Hussein. Nach dem 11. September 2001 rückten Perle, Feith und Wurmser in führende Positionen der Bush-II-Regierung auf, von wo aus sie maßgeblich dazu beitrugen, den Anschlag auf den Nahen Osten vorzubereiten, der stark der von ihnen empfohlenen israelischen Offensive ähnelte.

All dies führt natürlich zu einer weiteren Frage: Wenn, wie ich sage, das mit einer Irak-Invasion beginnende Programm von Cheney/Rumsfeld/Wolfowitz tatsächlich solch einen deutlichen Bruch in der US-Außenpolitik darstellte, wie erlangten sie die Macht, dieses Programm auch durchzusetzen?

3. Der Aufstieg der Republikanischen Rechten

Kritische Medien, politische Gegner in Washington und selbst einige auf der Linken haben den Aufstieg von Cheney, Rumsfeld und ihrer neokonservativen Kollegen ein wenig zu simpel als eine Art Insider-Staatsstreich erklärt, als eine begrenzte Intrige, in der sie ihre persönlichen Verbindungen zu Präsident Bush ausnützten, um ihre expansionistische Agenda durchzusetzen. Ich glaube aber, dass dieser Aufstieg nur als Teil von etwas Größerem verstanden werden kann: der Machtübernahme des rechtsgerichteten Blocks innerhalb der Republikanischen Partei. Inzwischen liegt das Programm dieser politischen Verbindung offen zu Tage. Sein Kern besteht in einer extrem reaktionären Politik nach innen, in einer Politik des „rolling back of the 20th century“. Dies beinhaltet die Zerstörung der Gewerkschaften, das Ende des Wohlfahrtsstaates, das Ende der Steuerprogression und die Beseitigung von Regelwerken, die Arbeiter und Konsumenten vor den Unternehmen schützten. Das Programm zielte gleichzeitig auch darauf, jedes denkbare Unternehmensinteresse im Lande auf unverfrorenste Weise zu unterstützen. Im Gegenzug erwartete die Republikanische Rechte von der Geschäftswelt Unterstützung bei ihrem Plan, die Bundesregierung in absehbarer Zukunft zu beherrschen. Die andere Seite dieser Medaille war – ebenso offensichtlich – ein von immer größeren Rüstungsanstrengungen angetriebener Hyper-Imperialismus, der zu mehr oder weniger dauerhaften Aggressionen und Kriegen führen würde.

Versteht man den Aufstieg der extremen Rechten, so liegt die zentrale Erkenntnis meiner Ansicht nach in der Tatsache, dass die internationalen und nationalen Aspekte ihres Programms stets untrennbar miteinander verwoben waren. Denn nur in der simultanen Verfolgung beider Teile des Programms ist die Allianz

der Kräfte, auf die sich die Macht der Rechten finanziell und politisch stützt, in der Lage, die Wähler für sich zu mobilisieren. Warum? Die Führer der Republikanischen Rechten repräsentieren heute – wie immer schon – den Mainstream des US-Kapitals, an dessen Spitze die großen Konzerne stehen, der aber auch kleinere und mittlere Unternehmen einschließt. Die Ziele dieses Mainstreams sind im Wesentlichen dieselben wie die der Rechtskonservativen seit den fünfziger Jahren und sogar davor. Was diese Leute wollten und noch immer wollen, das ist die Rückkehr zum klassischen, unregulierten, ungezügelter Kapitalismus, der in den USA bereits zwischen 1890 und 1932 herrschte – das Zurückdrängen der Arbeiterbewegung wie auch der staatlichen Reformen, die im Zuge des New Deal in den Dreißigern und der Great Society in den Sechzigern eingeführt wurden und die den Kapitalismus zügelten. In der Vorstellung von Karl Rove geht es also um eine Rückkehr zu den glücklichen Tagen des seligen Präsidenten William McKinley.

Das Problem der radikalen Rechten war jedoch in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten – und ist es zum Teil noch heute –, dass ihr politisches Programm ein Blindgänger war. Politisch war es unerreichbar. Denn die Mehrheit der Wählerschaft unterstützte es nicht. Die meisten Menschen damals und selbst heute wollen nicht die Schutzmechanismen des New Deal und der Great Society aufgeben: den Wohlfahrtsstaat wie er ist, die Steuerprogression, den Schutz von Umwelt, Konsumenten und so weiter. Dies musste 1964 Präsidentschaftskandidat Barry Goldwater erfahren, als er mit seinem klassisch-rechtslastigen Programm – gegen Gewerkschaften, gegen Sozialhilfe, gegen Steuern – ein katastrophales Ergebnis und die Republikanische Partei den größten Stimmenverlust seit den Tagen Franklin Roosevelts erlitt. Die fanatisch unternehmerfreundlichen Rechtskonservativen sahen sich daher mit der Frage konfrontiert: Wie gewinnt man eine Massenbasis für ein Programm, das sich offensichtlich gegen die Mehrheit der Bevölkerung wendet? Die Antwort liegt im Süden der USA.

Heute ist bekannt, dass am Ende des 2. Weltkriegs die südlichen US-Bundesstaaten der konservativste und unternehmerfreundlichste Teil des Landes war und damit die „natürliche“ Heimat der Republikanischen Partei. Paradoxiere jedoch bestanden zu jener Zeit im Süden keine Chancen für Republikaner, egal welcher Couleur. Statt ihrer dominierte die Demokratische Partei, die ihre Macht auf eine makellose Pro-Business-Strategie gründete, unterstützt durch das Konzept der „White Supremacy“, also durch eine Teile-und-herrsche-Strategie gegenüber hell- und dunkelhäutigen Arbeitern. Doch mit dem Aufkommen der Bürgerrechtsbewegungen und dem Kampf um „Black Power“ in den Fünfzigern und Sechzigern änderte sich die Lage. Afro-amerikanische US-Bürger strömten in die Demokratische Partei und wurden dort willkommen geheißen. Im Gegenzug – wie Lyndon B. Johnson es vorhergesagt hatte – fühlten sich viele Weiße von der Demokratischen Partei abgestoßen, deren Aufgabe aus ihrer Sicht gewesen war, die alte rassistische Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese

Enttäuschung öffnete den Republikanern den Weg in den Süden.

Es folgte eine radikale politische Neuordnung der politischen Landschaft, an deren Ende der bereits unternehmerfreundliche und generell konservative Süden seine politische Heimat in der unternehmerfreundlichen und konservativen Republikanischen Partei fand und auf diese Weise der Partei das Wählerpotenzial für eine revolutionäre Zunahme ihrer landesweiten Macht verlieh. Es war natürlich kein Zufall, dass der Süden zur Basis der Republikanischen Rechten wurde. Ursache war keineswegs, das muss an dieser Stelle betont werden, dass der Süden eine zurückgebliebene und rückwärtsgewandte Region des Landes darstellte. Ganz im Gegenteil wurde der Aufstieg der Rechtskonservativen vorbereitet durch die Entwicklung eines dynamischen Kapitalismus im Süden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nährboden für diese Entwicklung waren ein niedriger und abnehmender gewerkschaftlicher Organisationsgrad, minimale Sozialleistungen und reduzierte Abgaben für Unternehmen und reiche Einwohner. Mit dem industriellen Niedergang des Nordens wuchs der Süden zum ursprünglichen Ausgangspunkt für den Nachkriegsprozess der Amerikanischen Globalisierung heran. Zwischen 1955 und 1975 stieg der Anteil von 13 Süd-Staaten an der landesweiten Industriearbeiterschaft um die Hälfte auf 30 Prozent. Bis zu den Neunzigern war der Süden ebenso industrialisiert und urbanisiert wie der Norden und hatte in fast allen Kategorien kapitalistischen Fortschritts mit ihm gleichgezogen – allerdings mit bemerkenswerten und kaum zufälligen Unterschieden in Sachen Reallöhne, Steuern, Sozialausgaben und Gewerkschaftsmacht. Während der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lag der Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Süden erheblich unterhalb des nationalen Durchschnitts. Im Endeffekt existierte also im Süden bereits eine rudimentäre oder embryonale Form jener politischen Ökonomie, die die Republikanischen Rechtsaußen auf die gesamten USA ausdehnen wollten. Der Süden diente als eine Art Modell für den Rest des Landes.

Die sozioökonomischen Lage im Süden hatte weitere politische Auswirkungen: Von Beginn an genossen die Rechtskonservativen dort den enormen Vorteil, ihre Macht in einem Umfeld aufzubauen, in dem die so genannte Mittelklasse – also die Bewohner der relativ wohlhabenden Vororte – bereits sehr konservativ dachte, während die Arbeiterklasse politisch extrem zersplittert und individualisiert war. Um zu überleben, sind im Kapitalismus auch die Arbeiter gezwungen, eine Ware zu verkaufen – in ihrem Fall die Arbeitskraft – und sind daher einer brutalen Konkurrenz untereinander ausgesetzt. Bilden sie dann keine klassenbasierten Formen der Organisation wie Gewerkschaften oder politische Parteien, so setzen sie auf andere, nicht-klassenbasierte Formen der Solidarität, um sich selbst zu schützen. Was diese Formen der Solidarität in den südlichen US-Bundesstaaten – und natürlich darüber hinaus – sind, ist meiner Meinung nach ziemlich offensichtlich.

Als *erster* und wichtigster Punkt ist hier der Rassismus zu nennen. Dabei geht es nicht länger um offene Rassentrennung, sondern um subtilere Formen „weißer“ Privilegierung und „schwarzer“ Unterwerfung und Erniedrigung. *Zweiter* Fluchtpunkt ist der protestantische Fundamentalismus, dessen Lehre vom Sündenfall und von der grundlegenden Schlechtigkeit des Menschen gerade jene anspricht, die sich jeden Tag der individualisierten Konkurrenz mit ihren Mitmenschen stellen müssen und die daher in dem protestantischen Bild des „Jeder-gegen-Jeden“ einen ausgezeichneten Handlungsleitfaden für die tägliche Praxis sehen. Es muss hinzugefügt werden, dass die protestantischen Kirchen – in ihrer patriarchalen Form – ideologische wie auch konkrete Unterstützung für Familien und Gemeinden anbieten, die sich jeden Tag der Angriffe des Kapitalismus erwehren müssen. *Drittens* gedeiht – besonders auf dem Nährboden des apokalyptischen Weltbildes einiger protestantischer Kirchen – eine starke kollektive Bindung an den zionistischen Expansionismus und an das israelische Heimatland. Gemäß der Bibel-Interpretation eines großen Teils des protestantischen Fundamentalismus müssen dort die Juden zunächst wiedervereinigt werden, bevor ein neues Zeitalter anbrechen kann. *Viertens* existiert eine machtvolle Tendenz zum Patriotismus, zu nationalem Chauvinismus und Militarismus – also zu den Ideen und Handlungen der imaginierten Gemeinschaft „Nation“ – und vor allem zu der Vorstellung, diese Nation sei einer massiven Bedrohung ausgesetzt.

Alles in allem war die unternehmensfreundliche und arbeiterfeindliche republikanische Rechte in der Lage, bei den Wählern eine Massenbasis zu mobilisieren – inklusive wachsender Teile der Arbeiterklasse der Süd-Staaten –, indem sie nicht nur an Rasse und Religion appellierte, sondern auch an ihren Nationalismus, Chauvinismus und Zionismus. Dies gelang ihr insbesondere durch die Konstruktion und Überhöhung einer ausländischen Bedrohung. Das war der Schlüssel, der Cheney/Rumsfeld das Tor zur Macht öffnete. Mit Hilfe ihrer starken Basis im Süden übernahmen die Rechtskonservativen in den späten Achtzigern und frühen Neunzigern die Macht innerhalb der Republikanischen Partei. Damit einher ging der Aufstieg von Süd-Staaten-Politikern wie Newt Gingrich, Dick Armey, Tom DeLay und vielen anderen. 1994 übernahm dieser neue rechte Flügel plötzlich und ohne große Vorwarnung die Kontrolle des Kongresses. Von den 51 Mandaten, die die Republikaner zwischen 1994 und 1996 im Abgeordnetenhaus hinzugewannen, kamen nicht weniger als 30 aus den Süd-Staaten. Zwischen 1960 und 2000 stieg die Zahl der Republikanischen Abgeordneten aus den Süd-Staaten von 10 auf 82, beziehungsweise von 6 Prozent auf 36 Prozent aller Abgeordneten der Partei.

Einmal im Amt verbanden Gingrich, Delay und Co. von Beginn an ihr kapitalfreundliches Konzept mit einem ebenso ultra-rechten, militant nationalistischen und imperialistischen Programm. Daher suchten sie umgehend die Nähe zu Politikern wie Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz und anderen. Tatsächlich

fungierte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Führung des Kongresses als eine Art außenpolitisches Schattenkabinett und trieb im Kongress im Wesentlichen dasselbe Programm voran, das 2002 schließlich in die Praxis umgesetzt wurde. Es war also der Aufstieg der Republikanischen Rechten mit ihrer unternehmensfreundlichen Agenda und ihrer Überhöhung der ausländischen Bedrohung – ausgerechnet in einer Ära beispielloser geopolitischer Dominanz der USA – der Cheney, Rumsfeld und die Neocons an die Schalthebel der US-Außenpolitik brachte.

Ich kann an dieser Stelle die außenpolitische Offensive lediglich streifen, die die Rechten im Verlauf der neunziger Jahre in enger Zusammenarbeit mit Rumsfeld, Wolfowitz, Perle und ihrem weiten Netz rechtsgerichteter Vereinigungen auslösten. Ihre Stärke innerhalb der Republikanischen Partei manifestierte sich, als der bis dato makellos den republikanischen Mainstream repräsentierende Bob Dole Rumsfeld als seinen Wahlkampf-Manager und Wolfowitz als seinen außenpolitischen Berater engagierte. Erfolge – allerdings zu meist nur temporäre – in ihren Bemühungen um eine aggressivere außenpolitische Linie der Regierung Clinton markierten die harschen Sanktionen gegen den Iran, die Verweigerung von Verhandlungen mit Nord-Korea und die Verabschiedung des Iraq Liberation Act 1998 gegen den Willen des Präsidenten. Ihrem Drängen auf eine neue Linie der US-Außenpolitik wurde nachgegeben durch eine deutliche Erhöhung der Rüstungsausgaben und die erneute Aufwertung des SDI-Programms als wichtigstem militärischen Vorhaben – insbesondere auch dank der Bemühungen einer angeblich unabhängigen Kommission, die unter der Führung von keinem anderen als Donald Rumsfeld stand. Nach dem 11. September setzte Bush II praktisch das gesamte Programm als Top-Priorität auf seine Agenda.

4. Enttäuschung und Sieg der republikanischen Rechten

Doch war all dies nicht genug. Mit der Machtergreifung der Rechten innerhalb der Republikanischen Partei, ihrer Dominanz im Kongress und dem Sieg von Bush II in der Präsidentschaftswahl 2000 wurde das außenpolitische Programm der Cheney-Rumsfeld-Neocon-Fraktion zwar auf die Tagesordnung gesetzt. Gleichzeitig aber reichte dies nicht aus, die tatsächliche Implementation dieses Programms auch sicher zu stellen. Trotz der zunehmenden Dynamik ihrer Bewegung war die Republikanische Rechte durchgängig enttäuscht über die Lage an der heimischen wie an der internationalen Front.

Auf dem Feld der internationalen Politik gelang es den außenpolitischen Eliten sowohl der Demokratischen wie der Republikanischen Partei auch nach der Wahl George W. Bushs, dem Programm der Rechten Widerstand entgegen zu setzen, indem sie es als zu kostspielig und zudem als zunehmend überflüssig kritisierten. Selbst unter Ronald Reagan war die Republikanische Rechte nicht in der Lage, ihre Sicht der Dinge durchzusetzen. Reagan zeigte sich der

Entspannungspolitik mehr und mehr aufgeschlossen. Nach 1983 setzte er stärker auf Abrüstung – ebenso wie Bush I und Clinton nach ihm – und konzentrierte seine Außenpolitik zunehmend auf die neoliberale Globalisierung. Neue militärische Unternehmungen gerieten schrittweise aus dem Blickfeld.

Noch schwieriger hatten es die Republikanischen Rechten mit der Durchsetzung ihres nationalen Programms. Trotz ihrer erfolgreichen Süd-Staaten-Strategie hatten es alle Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei – von Nixon bis zu Bush II – für ihren Sieg als unerlässlich angesehen, die konservative „weiße“ Arbeiterklasse, die so genannten „Reagan-Demokraten“, für sich zu gewinnen. Ausgeschlossen schien ihnen daher ein Frontal-Angriff auf die Errungenschaften des New Deal und der Great Society, also auf Ansprüche wie Sozialhilfe oder medizinische Versorgung, auf die Steuerprogression, auf Bestimmungen zum Arbeits- oder Umweltschutz und so weiter. Zwar gelang es Reagan, mit seiner Forderung „Keine neuen Steuern!“ die öffentliche Meinung gegen staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft zu wenden. Trotz all dieser Rhetorik jedoch waren seine 1981/82 beschlossenen Steuer-senkungen vier Jahre später bereits wieder zurückgenommen worden. Zudem sah sich die Reagan-Regierung gezwungen, ihre Angriffe auf die Sozialausgaben vor allem auf jene Programme zu beschränken, die den Armen und ethnischen Minderheiten zu Gute kamen.

In gewisser Hinsicht änderten sich die Dinge dramatisch mit der Eroberung des Kongresses durch die Republikaner 1994. Doch blieb trotzdem grundsätzlich alles beim Alten. So ging Gingrich 1995/96 mit seinem rechtskonservativen „Contract for America“ mit Pauken und Trompeten unter. Er verlor die Kongresswahl gegen Clinton, der sich als Verteidiger des Wohlfahrtsstaates gegen die rechten Barbaren profilierte. Auch Bush II hatte keine andere Wahl, als seine wahren Pläne zu verbergen und sich stattdessen als „mitfühlender Konservativer“ zu positionieren, der die Sozialleistungen bis auf Messer verteidigen würde. Sogar nach seinem Wahlerfolg konnte er seine wirklichen Pläne nicht in die Tat umsetzen, da seine Partei ihre Ein-Stimmen-Mehrheit im Kongress verlor als Senator James Jeffords von der Republikanischen Partei abfiel.

Grundsätzlich blieb es also trotz der Dynamik der Republikanischen Rechten und der Desorganisation der Arbeiterklasse nahezu unmöglich, die Ansprüche der Arbeiterklasse zu beschneiden und gleichzeitig Wahlen zu gewinnen. Überraschenderweise lag im Jahr 2000 der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der für die wichtigsten Sozialprogramme, für Gesundheit, Sozialhilfe und ähnliches ausgegeben wurde, sogar ein wenig höher als 1980. Und auf dem Niveau von 1980 lagen auch die effektiven Steuersätze – also der prozentuale Steueranteil jedes der nach Einkommen geordneten Fünftel der Bevölkerung.

Der 11. September 2001 änderte jedoch alles. Auf einmal wurden die weit reichenden Ambitionen der Rechten deutlich und die Realisierung ihrer Vorhaben möglich. Denn die Anschläge boten der aggressiven Außenpolitik eine

quasi rationale Begründung als „Krieg gegen den Terrorismus“. Dies brachte Cheney, Rumsfeld und die Neokonservativen an die Schalthebel der Außenpolitik, und dort machten sie deutlich, dass sie keinerlei Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer breit angelegten Militär-Offensive in Nahost hegten. Angesichts der enormen Risiken einer Irak-Invasion bleibt es meiner Ansicht nach jedoch fraglich, ob die Bush-Regierung die Terrorattacke tatsächlich zum Anlass für eine neue Offensive genommen hätte, wenn die erwartbaren Erträge dieser Offensive lediglich allein im Ausland gelegen hätten. Schließlich waren diese Erträge mehr als unsicher. In Wahrheit war der Ertrag des „War on Terrorism“ nicht auf den Nahen Osten begrenzt. Auf der Welle des Anti-Terror-Kriegs erlangte die Republikanische Rechte genug Macht über die Regierung, um ihr Steuersenkungsprogramm durchzusetzen, den Sozialstaat zu attackieren und die nimmer endende Agenda der führenden Wirtschaftsverbände in die Tat umzusetzen. Damit war man auf eine Goldmine gestoßen, deren Ausbeutung jedes Risiko rechtfertigte.

Von Beginn an klar war dies für Karl Rove, der – wie es der Herausgeber des konservativen *Weekly Standard* Bill Kristol einmal formulierte – George W. Bush *ist*. 2002 erklärte Rove in Interviews mit Bob Woodward, dass sich der Präsident als militärischer Oberbefehlshaber der Unterstützung der Wähler sicher sein kann, auch wenn diese sein Programm nicht sonderlich schätzten. Bereits im Januar 2002 verkündete Rove, die Republikaner würden mit Hilfe des Kriegs und ihres Kriegs-Präsidenten eine lang andauernde Vorherrschaft errichten.

Wie inzwischen aus Papieren der britischen Regierung deutlich geworden ist, teilten die Außenpolitiker der Bush-Regierung ihren britischen Kollegen mit, dass die Vorbereitungen zum Irak-Krieg in die Zeit der Kongresswahlen gelegt würden. Und in einem sogar für die Bush-Regierung außergewöhnlichen Anfall von Dreistigkeit erklärte der Regierungssprecher den Medien im August 2002, dass die Präsentation der Maßnahmen zum Schutz der USA vor der Bedrohung Saddam Hussein aufgeschoben würden, da im Sommer „niemand zuhört“.

Indem die Bedeutung der terroristischen Bedrohung und damit des „War on Terrorism“ hochgespielt wurde, konnten Cheney, Rumsfeld und die Neocons sich günstig positionieren und ihre imperiale Nahost-Offensive starten – und dies trotz des offenkundigen Mangels an Verbindungen zwischen Saddam Hussein und al-Quaida, von 9/11 ganz zu schweigen. Mit ihrer Anti-Terror-Agenda erzielte die Republikanische Rechte ihren Durchbruch bei den Kongress-Wahlen 2002 und konsolidierte ihre Position in den Präsidentschaftswahlen 2004.

Schlussfolgerung

Natürlich ist der Krieg im Irak ein Desaster für die USA, für die Regierung Bush und die Republikanische Partei gewesen. Doch ist dies nur ein Teil der Geschichte. Der andere Teil ist, dass der Anti-Terror-Krieg den Republikanern zur Mehrheit im Kongress verhalf wie auch Bush II zur Wiederwahl. Mit die-

ser Macht haben sie der Kapitalistenklasse der USA eine Goldgrube erschlossen. Dies zeigen die Steuersenkungen für Reiche und für Unternehmen, die sich auf nicht weniger als 2 Prozent des BIP belaufen. Doch der Sieg der Geschäftswelt manifestierte sich auch in verschiedenen neuen Gesetzen wie dem Ende des Insolvenzschutzes für Einzelpersonen und der Beschränkung von Sammelklagen. Der Abbau dieser ehemals wichtigen Verteidigungslinien für Normalbürger war für die Unternehmen viele Milliarden Dollar wert. Darüber hinaus profitierten die pharmazeutische Industrie und ihre Aktionäre enorm vom „Medicare Drug Act“, der dafür sorgte, dass die Amerikaner weiter weltweit die höchsten Preise für Medikamente zahlen. Kapitalfreundlich wirkte auch die „Energy Bill“ für die Energiekonzerne und die Senkung der Steuer, die auf ererbten Immobilien- und Grundbesitz zu zahlen ist. Gar nicht zu reden von der Art und Weise, wie die ohnehin unternehmensfreundlich agierenden Behörden zum Konsumenten-, Arbeits- und Umweltschutz im Interesse der Konzerne umgebaut wurden. Aus Sicht des Business brachte der Irak-Krieg, wie katastrophal er auch immer war, eine reiche Ernte.

Natürlich beeinträchtigt die Nahost-Offensive der Regierung zumindest kurzfristig ihre Chancen auf eine Wiederwahl. Sie könnte im kommenden Jahr leicht zu einem erdrutschartigen Sieg der Demokraten führen, insbesondere wenn Bush Junior, Cheney et al. ihre militärischen Anstrengungen im Irak fortsetzen. Doch selbst ein deutlicher Sieg der Demokraten würde nicht automatisch dazu führen, dass sich das politische Spektrum stark nach links verschiebt. Denn die Demokratische Partei ist nicht so links, wie manche vielleicht glauben mögen. Angesichts der großen und wachsenden Macht rechtsgerichteter Elemente innerhalb der Partei, angesichts ihres ungehinderten Willens, den von den Republikanern hinterlassenen politischen Raum auszufüllen, angesichts ihrer Suche nach Unterstützung durch die Konzerne und angesichts ihres unerschütterlichen Versprechens, das Staatsbudget auszugleichen, könnte eine Rückkehr der Demokraten an die Macht das Bemühen um Reformen, die der breiten Mehrheit zugute kommen, in eine ähnliche Sackgasse führen, wie nach den gigantischen Wahlerfolgen der Demokraten im Gefolge der Watergate-Affäre. Anders formuliert: Im Großen und Ganzen wird die US-Geschäftswelt wohl keinen merklichen Preis für das politische Desaster zahlen, das wahrscheinlich über ihre Lieblingspartei hereinbrechen wird. Und in nicht allzu ferner Zukunft könnten die Republikaner dann wieder auferstehen – als ernstzunehmende Herausforderer.

Übersetzung aus dem Amerikanischen von Stephan Kaufmann